

First Things First, das Programm der Jungen Liberalen zur Bundestagswahl 2025

Kapitel 3, ein Land, in dem du alles werden kannst..

Wir Junge Liberale wollen dem Aufstiegsversprechen durch Bildung neues Leben einhauchen. Für uns ist Bildung die Chancengarantie für alle Kinder. Deshalb brauchen wir Kindertagesstätten und Schulen, die auf deine individuellen Bedürfnisse vor Ort eingehen. Deine Exzellenz und deine Herausforderungen dürfen im Dickicht des Bildungsföderalismus nicht untergehen. Deutschlands Bildungssystem braucht endlich klare Verantwortlichkeiten. Jeder Mensch soll die Chance auf Auslandserfahrungen erhalten, denn Weltoffenheit ist nur erfahrbar. Deine Ausbildung, dein Studium oder dein Führerschein sollst du dir unabhängig von den Wünschen deiner Eltern leisten können.

Deshalb fordern wir eine **Reform des Bildungsföderalismus** zu trennscharfen Zuständigkeiten für die verschiedenen föderalen Ebenen. Dazu wollen wir die

- Qualitätsstandards von frühkindlicher und Schulbildung auf Bundesebene ins Bildungsministerium überführen und durch einheitliche Abschluss- und Zwischenprüfungen die bundesweite Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen sicherstellen.
- Durch einheitliche Prüfungsstandards können die Leistungen der Schüler bundesweit transparent verglichen werden. Das gibt dem Schulabschluss dann auch erst die Wertigkeit, denn als Kind kann ich es mir nicht aussuchen, ob ich mein Abitur in Bayern oder Berlin mache.
- Zum Erreichen dieser Ziele wollen wir den Schulen und Kitas vor Ort deutlich mehr pädagogische, personelle und finanzielle Freiheiten einräumen, unabhängig von ihrer öffentlichen oder privaten Trägerschaft.
- Dazu erhalten alle eine frei einsetzbare Finanzierung, basierend auf einem sachkostenbasierten Sockelbetrag, Bildungsgutschein und einem Zuschuss aufgrund sozioökonomischer Herausforderungen. Pädagogisches Konzept, multiprofessionelle Teams, der Einsatz von Verwaltungskräften, Modularisierung der Bildungsinhalte, die Länge der gymnasialen Laufbahn bis zum Abitur, all das sollen die Schulen und Kitas selbst festlegen. Finanzmittel sollen bis dahin nicht nur zur Finanzierung der Beitragsfreiheit eingesetzt werden dürfen.

Auslandserfahrungen für jeden jungen Menschen.

- Dazu wollen wir das Erfolgsprogramm ERASMUS Plus für Studierende und Azubis stärken und weiter entwickeln, indem auch Schüler unabhängig vom Einkommen der Eltern sechs Monate der Schulzeit im europäischen Ausland absolvieren können. Die Zahl der Programmländer wollen wir stetig ausweiten.
- Ein längerer Aufenthalt im Ausland fördert die persönliche Entwicklung von Jugendlichen. Sie lernen selbstständig zu sein, ihre Probleme eigenverantwortlich zu lösen und sich in neuen Umgebungen zurechtzufinden. Dies stärkt das Selbstbewusstsein und die Eigenständigkeit.

- Ein Auslandsaufenthalt ermöglicht es jungen Menschen außerdem, in eine andere Kultur einzutauchen und deren Werte und Perspektiven zu verstehen. Diese interkulturelle Kompetenz ist in einer globalisierten Welt von großer Bedeutung und fördert das Verständnis und die Toleranz gegenüber anderen Kulturen. Lust am Aktiensparen zu entfachen.

Wir wollen für jedes Kind bis zur Volljährigkeit 10 Euro monatlich steuerfrei am Aktienmarkt anlegen.

- Mit dem Erreichen der Volljährigkeit erleben die jungen Erwachsenen eine positive Assoziation mit der privaten Altersvorsorge, dem Zinseszinsseffekt, und können dann über das angesparte Geld frei verfügen, um dieses zum Beispiel in ihre Ausbildung, in eine unternehmerische Aktivität oder erneut in die Altersvorsorge zu investieren.
- Durch die monatliche Investition von 10 Euro in Aktien lernen Kinder frühzeitig den Umgang mit Geld und die Grundlagen der finanziellen Bildung.
- Dies fördert ein besseres Verständnis für finanzielle Zusammenhänge und bereitet sie auf zukünftige finanzielle Entscheidungen vor.
- Indem junge Menschen bereits in ihrer Kindheit mit dem Thema Aktien und Altersvorsorge in Berührung kommen, entwickeln sie eine positive Einstellung zur privaten Altersvorsorge. Dies kann dazu beitragen, dass sie später verantwortungsbewusster mit ihren Finanzen umgehen.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch exzellente Kinderbetreuung.

- Eine flexiblere, bedarfsgerechte Versorgung mit exzellenten ganztägigen Bildungs- und Betreuungsangeboten für Kinder ist auch eine Jobgarantie für die Eltern.
- Den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung und offenen Ganzttag wollen wir auch in der Praxis ab dem Ende des Elterngeldbezuges garantieren.
- Wir wollen die bedarfsgerechte Einrichtung von 24 Stunden Kitas sichern und die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten verbessern.

Frühkindliche Bildung als Chancengarantie für alle Kinder.

- Deshalb wollen wir bundesweit eine hohe Betreuungsqualität durch einheitliche Standards sichern, insbesondere einen bedarfsgerechten Betreuungsschlüssel, der mithilbere pädagogische Arbeit und Ausfallzeiten einberechnet und multiprofessionelle Teams ermöglicht.
- Sprache ist Schlüssel zur Entwicklung. Wir fordern bundesweit verpflichtende Sprachtests für Kinder, die beim Nichtbestehen zu einer Kita-Pflicht und Sprachförderung für zwei Jahre vor Beginn der Schulpflicht führen.
- Studien zeigen, dass frühkindliche Sprachförderung einen signifikanten Einfluss auf die spätere sprachliche Entwicklung und die schulische Leistung hat. Kinder, die bereits im Vorschulalter sprachliche Defizite aufweisen, haben oft Schwierigkeiten in der Schule und benötigen zusätzliche Unterstützung, um aufzuholen.
- Das **letzte Kita-Jahr** wollen wir zu einem **verpflichtenden Vorschuljahr** ausbauen.
 - Ein Vorschuljahr kann die Sprachförderung bieten, die entscheidend für den späteren Schulerfolg ist.

- Studien belegen, dass Kinder mit sprachlichen Defiziten im Vorschulalter durch spezielle Programme signifikante Fortschritte machen können. In einigen Bundesländern haben flächendeckende Sprachtests vor der Einschulung zu einer Verringerung von Rückstellungen geführt.
- **Zur Bekämpfung des Fachkräftemangels** in Kitas wollen wir die **Erzieherausbildung schulgeldfrei** stellen und die Ausbildungskapazitäten der Länder erhöhen.
 - In Deutschland fehlen aktuell rund 384.000 Kita-Plätze, was einen erheblichen Bedarf an Fachkräften zufolge hat. Um diesen Bedarf zu decken, müssten allein im Jahr 2023 bundesweit 308.000 zusätzliche Fachkräfte eingestellt werden.
 - Die **Ausbildungsstrukturen wollen wir harmonisieren**, um mehr Menschen den Ausbildungsbeginn zu ermöglichen und eine gegenseitige Anerkennung zwischen den Bundesländern zu garantieren.
 - Zum Beispiel in Sachsen werden nach wie vor bundesweite Erzieherabschlüsse nicht immer anerkannt. Bilinguale Kitas sollen Möglichkeiten zum berufsbegleitenden Sprachkompetenzerwerb für ausländische Fachkräfte anbieten können.

Die besten Lehrkräfte für unsere Schulen.

- Dazu braucht es attraktive Arbeitsbedingungen, eine hochwertige Aus- und Fortbildung, transparente und anspruchsvolle Aufstiegsmöglichkeiten und eine Bezahlung, die individuelles Engagement belohnt.
- Die Lehrerausbildung wollen wir bundesweit zu einem dualen Lehramtsstudium weiterentwickeln, das **Theorie- und Praxisphasen von Beginn an eng miteinander verzahnt** und Digitalkompetenzen zu einem wesentlichen Bestandteil macht. So sollen Studierende bereits früh eigenverantwortliche Erfahrungen in der Schule sammeln.
- Viele Absolventen erleben einen sogenannten Praxis-Schock, wenn sie nach dem Studium in den Lehrerberuf eintreten. Studien zeigen, dass 84% der Referendare angeben, dass das Studium sie nicht ausreichend auf die Herausforderungen der Schulpraxis vorbereitet hat. **Wir wollen eine grundsätzliche bundesweite Standortfreiheit für Lehrkräfte etablieren**, indem die Bundesländer die Eignung zur Lehrkraft gegenseitig vollständig anerkennen.
- Trotz des Beschlusses scheitern viele Lehrkräfte, die den Arbeitsort wechseln möchten, an den bürokratischen Höhen und den unterschiedlichen Anforderungen der Bundesländer. Nur etwa ein Drittel der Anträge im länderübergreifenden Tauschverfahren führt tatsächlich zu einer Versetzung. Das darf so nicht weitergehen.
- Die **Schulleitung wollen wir zu einer befristeten Führungsposition**, nicht nur für Lehrer, weiterentwickeln. Denn sie ist die Schlüsselposition für die Ausrichtung einer Schule und die Integration von außerschulischen Akteuren wie Sportverein, Aufstiegs- und Berufsorientierungsprogramm.

Ein moderner Schulalltag.

- Dazu braucht es eine ausreichende Anzahl an Lehrkräften und eine grundlegende Überarbeitung der Lehrpläne, in denen mehr Raum für Zukunftskompetenzen, wirtschaftliche und finanzielle Bildung, Entrepreneurship Education, Informatik und Medienkompetenz entsteht.

- Der Politikunterricht benötigt eine grundlegende Reform, um Demokratie in praxisnahen Projekten selbstwirksam erleb- und erlernbar zu machen.
- Die dualen Lehramtsstudierenden wollen wir frühzeitig in den Schulalltag integrieren, indem sie eigenverantwortlich Nachhilfe, Vertiefungs- und Mentoringangebote durchführen.
- Außerdem wollen wir bundesweiten Schulverbänden digitale Schulkurse ermöglichen, die von Schülern als reguläre schulische Leistung besucht werden können. Beispielsweise kann so eine Schülerin aus einer niedersächsischen Gemeinde am italienisch oder Informatikunterricht einer bayerischen Schule teilnehmen. Der Einsatz von moderner Technik, KI und Bildungsplattformen in der Schule muss zur Selbstverständlichkeit werden.
- Schul- und Universitätspartnerschaften wollen wir durch vereinfachte Förderbedingungen stärker anregen.
- Wir unterstützen, dass im Schulunterricht die Beiträge von Frauen und marginalisierten Gruppen in Wissenschaft, Politik und Kunst berücksichtigt werden, um so Vielfalt und Gleichberechtigung zu fördern. Dazu zählt ebenso inklusive Sexualaufklärung, die Themen wie Konsens und LGBTQIA+, umfasst, um zu gesunden, respektvollen Umgang beizutragen.

Den Führerschein wieder günstiger machen

- denn viele junge Menschen streben nach wie vor eine Fahrerlaubnis an. Die Führerscheinkosten sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen, während die Durchfallquoten einen Höchststand erreicht haben. Laut dem ADAC liegen die Kosten für ein PKW-Führerschein inzwischen bei bis zu 4.400 Euro. Die Durchfallquoten bei den Führerscheinprüfungen haben einen Höchststand erreicht. Im Jahr 2023 haben über 40% der Fahrschüler die theoretische Prüfung nicht bestanden, was einen Anstieg von über 10% Punkten im Vergleich zu 2014 darstellt. Bei der praktischen Prüfung lag die Durchfallquote bei 30%."
- Deshalb wollen wir die **Ausbildung modernisieren und flexibilisieren**.
 - Zum Beispiel durch den Verzicht auf eine Tagesobergrenze für den Theorieunterricht, die Möglichkeit den Theorieunterricht digital zu absolvieren und die Integration von Fahrsimulatoren in der Ausbildung.
 - Mit der Öffnung des Prüfungsmarktes für weitere Anbieter und einer Weiterbildung zum Fahrprüfer, auch ohne Ingenieurstudium, wollen wir die Anzahl an Prüfterminen steigern und Wartezeiten deutlich senken.

Eine Eltern- und Familienunabhängige Finanzierung des Studiums.

- Deshalb fordern wir ein Elternunabhängiges BAföG, das sich aus einem monatlichen Sockelbetrag und einem monatlich anpassbaren, zinsfreien Darlehen zusammensetzt, das erst bei gutem Einkommen und in begrenzter Höhe und Dauer zurückgezahlt werden muss.
- Das Bildungskreditprogramm, das Schüler und Studierende in fortgeschrittenen Ausbildungsphasen durch einen einfachen und zinsgünstigen Kredit individuell und flexibel unterstützt, wollen wir stärken.

Eine Modernisierung der beruflichen Bildung durch eine Modularisierung und flexiblere Durchführung.

- Wir wollen die Begabtenförderung für Azubis verstetigen und die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung im öffentlichen Dienst festschreiben.
- Ausbildungsintegrierende duale Studiengänge wollen wir zu einem Standardmodell ausbauen, auch indem wir die Ausbildungsvergütung nicht auf das BAföG anrechnen. Ausbildungsintegrierende duale Studiengänge verbinden ein Hochschulstudium, zum Beispiel also ein Bachelor, mit einer praktischen Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf. Studierende erwerben somit zwei Abschlüsse, einen akademischen Grad und einen Berufsabschluss.
- Analog zum BAföG muss auch die Berufsausbildungsbeihilfe elternunabhängig, unbürokratisch und digital werden. Die Übergangs- und Berufsvorbereitungsprogramme müssen vereinheitlicht werden, denn die bundesweit über 300 Programme sind ineffizient und verwirren potenzielle Interessenten.
 - Ein Schritt dafür ist die Schaffung eines beruflichen Orientierungsjahres analog zum FSJ, in dem Jugendliche in verschiedene Ausbildungsberufe hineinschnuppern können.
- Der Bund muss sich dafür einsetzen, für mehr Berufsbilder affine Beschulung und wo sinnvoll digitalen Unterricht zu ermöglichen, um kurze Wege für Auszubildende zu erhalten und mehr Möglichkeiten zu schaffen, unterschiedliche Auszubildende gemeinsam ausbilden zu dürfen.

Meister und Master sind für uns gleichwertig.

- Deshalb wollen wir den Meister in Ausbildungsberufen kostenfrei machen.

Eine Qualitätsoffensive für die Hochschullehre.

- Deshalb wollen wir es Hochschulen unabhängig von ihrer Trägerschaft ermöglichen, nachgelagerte Studiengebühren in Form eines umgekehrten Generationenvertrages zu erheben.
- Das bedeutet, dass die Rückzahlung der Gebühren in Höhe und Dauer begrenzt ist und erst ab einem hinreichend hohen Einkommen anfällt. Das Konzept des umgekehrten Generationenvertrags ist das Programm an der Bucerius Law School in Hamburg. Hier sind einige Infos dazu:
 - Während des Studiums fallen keine direkten Kosten für die Studierenden an. Die Rückzahlung der Studiengebühren erfolgt erst nach dem Abschluss des Studiums und nur, wenn die Absolventen ein Mindesteinkommen von 35.000 Euro brutto pro Jahr erreichen. Der Rückzahlungsbetrag beträgt 9 Prozent des monatlichen Bruttoeinkommens und wird über einen Zeitraum von zehn Jahren zurückgezahlt. Die Gebühren fließen dabei direkt an die Hochschule und haben eine Zweckbindung zum Einsatz für die Lehre.